

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Darmstadt-Dieburg



Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband Darmstadt-Dieburg



Freie Demokratische Partei
Kreisverband Darmstadt-Dieburg



Entwurf

**(vorbehaltlich der Zustimmung der Parteitage und
Parteigremien der Koalitionsparteien)**

**Koalitionsvereinbarung
für die 10. Legislaturperiode 2016 – 2021**

zwischen

SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

sowie

deren Fraktionen im Kreistag Darmstadt-Dieburg

Stand: 15.04.2016 06:49

Präambel

Die Wählerinnen und Wähler haben bei den Kommunalwahlen am 06. März 2016 den Parteien von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP durch ihr Votum die Möglichkeit der Bildung einer Koalition mit großen inhaltlichen und personellen Chancen für eine gute und erfolgreiche Politik für die kommenden fünf Jahre zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Darmstadt-Dieburg gegeben. Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP im Kreistag Darmstadt-Dieburg sind sich dieser Verantwortung bewusst und werden vertrauensvoll und konstruktiv zusammenarbeiten. Auf Grundlage gemeinsamer Überzeugungen und des in den Verhandlungen erzielten Konsenses stellen sich die Koalitionspartner den besonderen Herausforderungen vor allem in den Bereichen:

- Finanzen und Wirtschaft
- Gesundheit
- Bildung und Inklusion
- Integration
- Soziales und Familie
- Infrastruktur und Umwelt
- Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)
- Vereine, Kultur und Ehrenamt
- Verwaltung und Personal

In den durch diese Vereinbarung nicht ausdrücklich geregelten Bereichen und soweit es aktuelle Entwicklungen erforderlich machen, werden die Koalitionsfraktionen auf der Grundlage ihrer Bereitschaft zum Konsens und ihres gegenseitigen Vertrauens Entscheidungen gemeinsam treffen und umsetzen. Wechselnde Mehrheiten im Kreistag und in seinen Gremien sind nicht vorgesehen: Die Koalitionspartner bekennen sich zur Zusammenarbeit auf Dauer der gesamten Legislaturperiode des 10. Kreistags.

Dem Kreis sind durch die von Bund und Land vorgegebenen finanziellen Rahmenbedingungen enge Grenzen gesetzt. Alle im Koalitionsvertrag aufgeführten kostenrelevanten Maßnahmen stehen deshalb unter Finanzierungsvorbehalt. Dabei darf das erklärte Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes, einer konsequenten Haushaltskonsolidierung und einer Reduzierung des Gesamtschuldenstandes nicht gefährdet werden.

Politisch inhaltliche Vereinbarungen

Finanzen und Wirtschaft

- Um den Haushalt des Landkreises zu konsolidieren, verpflichtet sich der Landkreis auch weiterhin zur Sparsamkeit. Vorrangiges Ziel ist der dauerhafte Haushaltsausgleich ab 2017. Auch bei ausgeglichener Haushaltslage ist grundsätzlich ein Haushaltssicherungskonzept zu erstellen. Der Landkreis zeigt sich solidarisch gegenüber den finanzschwächsten Gemeinden.
- Um das Ziel des dauerhaften Haushaltsausgleichs zu erreichen sind alle Leistungen des Landkreises ständig auf ihre Notwendigkeit und ihre Effizienz hin zu überprüfen. Das Schulbauprogramm und die präventiven Sozialleistungen sind fortzuführen. Der Landkreis wird sich dafür einsetzen, dass der kommunale Finanzausgleich so weiterentwickelt wird, dass die Städte und Gemeinden ein realistisches Konzept zum Schuldenabbau erarbeiten können. Aufgaben des Bundes und des Landes sollen nur dann vom Landkreis übernommen werden, wenn das Konnexitätsprinzip strikt angewendet wird.
- Die interkommunale Zusammenarbeit zwischen den kreisangehörigen Kommunen und den benachbarten Gebietskörperschaften ist weiterhin zu fördern und auszubauen. Unter Berücksichtigung einer zeitgemäßen Organisation der Arbeitsabläufe und einer vernetzten technischen Ausstattung sollen Kosten eingespart und die Wirtschaftlichkeit erhöht werden. Dabei ist darauf zu achten, dass die jeweiligen Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort erhalten bleiben.
- Die Standortchancen des Landkreises in der Metropolregion Frankfurt Rhein-Main sind zu nutzen und weiter auszubauen. Der Landkreis unterstützt die länderübergreifende Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Infrastruktur, Kultur und Raumordnung.
- Als Mitglied der „Internationalen Standortmarketing Rhein-Main GmbH“ wird der Landkreis als zentraler Ansprechpartner für die Neuansiedlung und Investitionsvorhaben von Unternehmen sowie als Koordinationspartner für die 23 Städte und Gemeinden im Landkreis fungieren.
- Um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen, benötigt der Landkreis erfolgreiche Existenzgründungen. Dazu sind Bürokratieabbau und der Informationsaustausch von Wirtschaft, Schulen und Hochschulen erforderlich. Im Landkreis soll deshalb ein Netzwerk von Existenzgründerinnen und Existenzgründern unterstützt werden, in dem Erfahrungen ausgetauscht werden können, wobei bereits bestehende Strukturen, wie das Fachfrauen Netzwerk und die Gründungsberatung des Regionalmanagements eingebunden werden.
- Der Landkreis soll bei der Angebots- und Auftragsvergabe alle rechtlichen Möglichkeiten der Freihandvergabe zu Gunsten der mittelständischen Betriebe

und Unternehmen unter Berücksichtigung auch sozialer und ökologischer Kriterien im Landkreis nutzen.

- Der Landkreis unterstützt innerhalb der Zielsetzung des „Zukunftsprojekts Industrie 4.0“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, indem regionale Kompetenzen zur Unterstützung von kleinen und mittelständischen Betrieben geschaffen werden.

Gesundheit

- Medizinische Versorgungszentren (MVZ) sollen bei Mangel an niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten nur dort entstehen, wo die Aufrechterhaltung oder Übernahme privater Praxen scheitert. Dabei darf keine Konkurrenzsituation mit privaten Praxen entstehen. Der im Kreistag beschlossene Grundsatz „privat vor Staat“ soll im fachärztlichen Bereich allerdings zusätzlichen wettbewerblichen, ökonomischen und sektorenübergreifenden Aspekten unterliegen. Kooperationen mit regionalen Anbietern von Gesundheitsdienstleistungen sollen weiter ausgebaut werden. Die zukünftige ambulante hausärztliche Versorgung im ländlichen Raum wird auch durch innovative und modellhafte Projekte weiterentwickelt.
- Die Koalition steht zu Kooperationen oder Verbänden mit leistungsfähigen Klinikträgern. Die Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg sollen auch zukünftig grundsätzlich in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft bestehen.
- Ein weiterer Pflegestützpunkt soll im westlichen Landkreis entstehen. Zudem sollen die wohnortnahen Beratungsangebote ausgebaut werden.
- Die Gersprenz-GmbH kann unter Wahrung fairen Wettbewerbs den Kreiskliniken angegliedert werden. Der Landkreis gewährleistet auch bei den Pflegeeinrichtungen einen fairen Wettbewerb zwischen privaten und öffentlichen Trägern. Dabei ist die Zukunft des Senio-Verbandes in seiner derzeitigen Form zu überprüfen.
- Die Hebammenversorgung soll als wichtiger Baustein der Gesundheitsversorgung im Landkreis erhalten werden, insbesondere mit dem Ziel, die geburtshilfliche Versorgung und die Wahlfreiheit des Geburtsortes zu sichern.
- Die psychosoziale Versorgung für unterschiedlich betroffene Menschen soll unter Einbezug der pflegenden Angehörigen ausgebaut werden. Hierfür können auch freie Träger herangezogen werden.
- Ziel des Landkreises ist es, weitere wohnortnahe Betreuungsangebote für Menschen mit Demenzerkrankung sowie Unterstützungs- und Entlastungsangebote für deren Angehörige zu schaffen.
- Das Modell der Pflegekonferenzen und der vier ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten hat sich bewährt. In Zukunft soll die Zusammenarbeit mit

den örtlichen Seniorenbeauftragten intensiviert und die Pflegekonferenzen weiter fortgeführt werden.

Bildung und Inklusion

- Das Schulbauinvestitionsprogramm wird im Rahmen der Schulbauleitlinien und unter Berücksichtigung von Maßnahmen der energetischen Sanierung fortgeführt und abgeschlossen.
- Nach Beendigung des Schulbauprogramms soll die Modernisierung der Sporthallen forciert werden. Hierfür soll ein Prioritätenkatalog für notwendige Sanierungsmaßnahmen beschlossen und abgearbeitet werden.
- Der schulische Schwimmunterricht ist weiterhin in Zusammenarbeit mit den Kreiskommunen zu gewährleisten.
- Das Landesprogramm „Pakt für den Nachmittag“ wird unter Einbezug des Kreiskonzeptes „Betreuende Grundschule“ fortgeführt und ausgebaut. Das Betreuungsangebot soll an allen interessierten Grundschulen bis 17 Uhr, einschließlich der Ferien, realisiert werden.
- Der Grundsatz „Kurze Beine – kurze Wege“ hat die Schulpolitik im Landkreis seit jeher ausgezeichnet. Die lokalen Grundschulen sollen auch weiterhin vor Ort erhalten werden, auch bei sinkenden Schülerzahlen.
- Die Internationale Schule am Schuldorf Bergstraße wird als wichtiger Standortfaktor im Wettbewerb der Metropolregionen Europas langfristig gesichert. Am Kindergarten (Preschool) an der Internationalen Schule in Seeheim wird eine deutliche Reduzierung der Elternbeiträge über die Verrechnung mit den Herkunftskommunen angestrebt.
- In Zusammenarbeit mit der Stadt Darmstadt wird sich der Landkreis weiter für gemeinsame Schulentwicklungspläne im Bereich der beruflichen Schulen und der allgemeinbildenden Schulen einsetzen. Die gemeinsame Arbeit an der Berufsschulentwicklungsplanung mit der Stadt Darmstadt und dem Odenwaldkreis wird fortgesetzt.
- Aus pädagogischen Gründen und um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erhöhen, wird sich der Landkreis verstärkt für den Ausbau von Ganztagschulen und die hierfür benötigte Bereitstellung an Lehrpersonal bei der Landesregierung einsetzen.
- Der Kreisschülerrat soll verstärkt in die Arbeit des Kreistages und seiner Gremien einbezogen werden, beispielsweise durch ein Mentoring Programm.
- Der Landkreis wird auch weiterhin verstärkt Bemühungen gegen jegliche Form extremistischer politischer Aktivitäten unterstützen. Deshalb wird der gemeinnützige Verein „Bunt ohne Braun, Bündnis gegen Rechts im Landkreis

Darmstadt-Dieburg“ weiterhin gefördert, da dieser wichtige Aufklärungsarbeit über die Gefahren rechter und anderer extremistischer Aktivitäten leistet.

- Der Landkreis wird auch weiterhin die Inklusion an Schulen fördern. Betroffene Eltern sollen dabei die Wahlmöglichkeit zwischen Regel- und Förderschule haben.
- Im Landkreis wird eine Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention eingerichtet. Ziel ist die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen (Disability Mainstreaming).

Integration

- Kommunalpolitische Handlungsfelder sollen unter Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund auf die Querschnittsaufgabe Integration abgestimmt werden. Frühkindliche Bildung, Soziales, Kultur und Sport gehören zu diesen Bereichen. Dies gilt besonders für Kinder und Jugendliche, die ohne Angehörige nach Deutschland kommen. Zudem wird sich der Landkreis dafür einsetzen, neben Intensivklassen an Schulen auch Programme einzurichten, die Flüchtlinge befähigen, sich schneller in das gesellschaftliche Leben und den Arbeitsmarkt zu integrieren.
- Die Bildungsangebote der Volkshochschule sollen zukünftig noch stärker auf Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten ausgerichtet werden. Hier sollen besonders Qualifizierungs- und Integrationskonzepte erstellt sowie verstärkt Sprachunterricht angeboten werden.
- Erwerbsarbeit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Integration von Flüchtlingen in die Gesellschaft. Damit dies gut gelingt, wird ein Arbeitsmarktbüro mit Integrationslotsen in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit eingerichtet. Das Büro unterstützt auch das ehrenamtliche Engagement bei der Arbeitsmarktintegration.
- Der Landkreis Darmstadt-Dieburg wirkt auf die Abschaffung der Vorrangprüfung für Asylbewerberinnen und Asylbewerber hin, damit diese schneller Arbeiten aufnehmen können.
- Zur besseren Information und Transparenz aller Akteure – insbesondere der Mitglieder des Kreistages - wird eine Kommission „Integration und Flucht“ eingerichtet. In die Kommission sollen auch Mitglieder der örtlichen Ausländerbeiräte und Migrantenselbstorganisationen einbezogen werden.

Soziales und Familie

- Das Kreisjugendheim Ernsthofen verbleibt in der Trägerschaft des Landkreises. Der eingeleitete Konsolidierungsprozess zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit wird fortgesetzt. Nach zwei Jahren soll eine Evaluierung erfolgen.
- Das Handlungskonzept gegen Armut und soziale Ausgrenzung soll durch ein Koordinierungsgremium weiter fortgeführt werden.
- Die Schulsozialarbeit soll, gegebenenfalls unter Einbeziehung freier Träger, ausgebaut werden.
- Um junge Menschen in Arbeit und Ausbildung zu bringen, werden auch künftig vollqualifizierende Maßnahmen unter Berücksichtigung des Erwerbs von Teilqualifizierungen gefördert.
- In Zusammenarbeit mit der Freiwilligenagentur wird eine Initiative zur ehrenamtlichen Beschäftigung älterer Menschen gestartet.
- Im Rahmen des Eingliederungsbudgets des Bundes sollen in Zusammenarbeit mit Trägern von Beschäftigungsmaßnahmen langfristig öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden. Angesprochen sind Menschen, die seit langer Zeit Sozialleistungen beziehen, aber auch diejenigen, die sich im Übergang des Asylbewerberleistungsgesetzes befinden.
- Bestehende Verträge mit den freien Trägern der Frauenbildungszentren, den Trägern der Jugendhilfe und bei Neuverträgen, auch im Bereich der sozialen Arbeit, sind zu dynamisieren, um den tatsächlichen Finanzierungsbedarf zu decken.
- Es sollen möglichst alle Jugendlichen einen Schulabschluss machen und danach einen Ausbildungsplatz bekommen. Jugendlichen und Eltern sollen frühzeitig Informationen über Ausbildungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Angebote zur Berufsorientierung sollen über die Kinder- und Jugendförderung organisiert werden.
- Es wird auch zukünftig Ziel der Arbeit für Kinder und Jugendliche im Landkreis sein, niedrighschwellige Beratungsangebote auszubauen und noch stärker im Sozialraum zu verankern. Durch den Ausbau der Leistungen der Erziehungsberatung und die Schaffung einer vierten Beratungsstelle im Landkreis soll dies ermöglicht werden.
- Um die Beratungs- und Unterstützungsangebote im Bereich der Grundschulen weiter auszubauen, sollen die beiden Zentren für schulische Erziehungshilfe in Mühlthal und Babenhausen durch ein weiteres Zentrum im Landkreis ergänzt werden.

Infrastruktur und Umwelt

- Das flächendeckende Breitbandnetz wird in allen Städten, Gemeinden und Ortsteilen fertiggestellt. Dabei sollen alle Förderprogramme des Bundes und des Landes ausgeschöpft werden. Im Bereich der Kreishäuser, öffentlichen Verkehrsmittel und Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete sollen freie W-LAN Zonen eingerichtet werden, die ohne Registrierung genutzt werden können.
- Bei Neubau und grundhaften Sanierungen von Kreisstraßen wird grundsätzlich ein Straßen begleitender Rad- bzw. Radfahrstreifen berücksichtigt. Zudem wird die Erstellung eines kreisweiten Radwegekonzeptes unter Berücksichtigung der Anschlüsse an die Nachbarlandkreise und der Stadt Darmstadt in Auftrag gegeben. Hierbei soll besonders auf die Sicherheitsaspekte für Radfahrende und auf die Verbesserung der fahrradbezogenen Infrastruktur, wie z.B. Abstellanlagen, geachtet werden.
- Das LKW-Durchfahrtsverbot in der Stadt Darmstadt wirkt sich unmittelbar auf den Landkreis aus. In Zusammenarbeit mit der Stadt Darmstadt soll ein Konzept erstellt werden, das die Belastung der Unternehmen im Landkreis durch das Durchfahrtsverbot unter Berücksichtigung der gesundheitlichen Belange der Bevölkerung in der Stadt Darmstadt und im Landkreis Darmstadt-Dieburg reduziert.
- Nachdem die geplante Nord-Ost-Umgehung von der Stadt Darmstadt nicht weiter verfolgt wird, soll der Landkreis gemeinsam mit der Stadt Darmstadt ein Konzept zur Umfahrung Darmstadts als Teil der regionalen Verkehrsentwicklung erstellen.
- Soweit es von den Städten und Gemeinden gewünscht wird, soll der Landkreis im Bereich des sozialen Wohnungsbaus tätig werden und ein Gesamtkonzept erstellen, das den Bau von bezahlbarem Wohnraum möglichst in den Ortslagen vorsieht. Der Landkreis kann dabei eine koordinierende Rolle übernehmen.
- Nachdrücklich unterstützt wird eine gemeinsame Lösung von Stadt, betroffenen Landkreisen, Landesregierung und Deutscher Bahn zur Anbindung des Hauptbahnhofs Darmstadt an das Hochgeschwindigkeitsnetz der Bahn sowie eine verkehrlich optimale Anbindung an die wichtigsten überregionalen Knotenpunkte. Die wesentliche Trassenführung muss jedoch auf dem Gebiet der Stadt Darmstadt liegen. Bei einer möglichen Trassenführung hat für den Landkreis Darmstadt-Dieburg der Lärm- und Landschaftsschutz hohe Priorität.
- Ortskernentlastende Umgehungsstraßen werden dann unterstützt, wenn sie die Bevölkerung nachweislich vor Lärm und Abgasen schützen.
- Unter Hinweis auf den Entwurf des Bundesverkehrswegeplans unterstützt die Koalition folgende Straßenbauprojekte:
Ortsumfahrung B26 Babenhausen (Südumgehung), Ortsumfahrung B38 Ortsumgehung Groß-Bieberau, Ausbau B45 Groß-Umstadt-Dieburg, Umfahrung der B426 Wembach-Hahn, Reinheim und Otzberg-Lengfeld, Umfahrung Eschollbrücken.

- Zur Förderung der Elektromobilität wird die Einrichtung einer öffentlichen Ladeinfrastruktur unterstützt.
- Eine zukunftsfähige, bezahlbare, versorgungssichere und naturverträgliche Energiepolitik ist für den Lebens- und Wirtschaftsraum Darmstadt-Dieburg von zentraler Bedeutung. In der Frage der Windkraft sind sich die Koalitionspartner nicht einig, der Ausbau wird von den Partnern kontrovers beurteilt. Deshalb kommt die Koalition überein, dass sich die Koalitionsfraktionen auf Kreisebene bei einem weiteren Bau von Windkraftanlagen weder befürwortend noch ablehnend engagieren und beteiligen werden.
- Der Land- und Forstwirtschaft kommt in Bezug auf den Erhalt der Kulturlandschaft eine wichtige Rolle zu. Die Naturschutzgebiete sind zu erhalten.
- Es soll ein kreisweites Biotopkonzept erstellt werden. Hierbei sind planungs- und naturschutzrechtliche Ausgleichsflächen als Freizeit- und Erholungsräume in den Kommunen mit einzubeziehen.
- Die Koalition unterstützt die Ziele des Denkmalschutzes in Abwägung von Gesichtspunkten historischer Identität und privater oder öffentlicher Nutzung.

Öffentlicher Personen- und Nahverkehr (ÖPNV)

- Der ÖPNV soll in den östlichen Landkreis weiter optimiert werden. Hierzu soll ein Mobilitätsmanagement für den Landkreis Darmstadt-Dieburg in Abstimmung mit der Stadt Darmstadt auf Grundlage des von der DADINA fortzuschreibenden Nahverkehrsplans erstellt werden. Zudem soll der Ausbau des bedarfsgerechten ÖPNV, die Optimierung der Benutzerfreundlichkeit (z.B. Handyticketing) und die Neuregelung der ÖPNV-Finanzierung weiter vorangetrieben werden.
- Da die Odenwaldbahn als Erfolgsmodell in Zukunft an ihre Kapazitätsgrenze stoßen wird, ist darauf hinzuwirken, dass sie dort wo es möglich ist, zweigleisig auszubauen ist.
- Der Kreis wird sich bei seinen Kommunen dafür einsetzen, dass weitere Parkplatzkapazitäten durch den Ausbau von Park & Ride-Anlagen geschaffen werden. Dies soll in den Nahverkehrsplan aufgenommen werden.
- Alternative Konzepte wie das Rufsammlertaxi sollen unterstützt werden. Dadurch kann auch der Bedarf kleinerer Kommunen sowie die Tagesrandzeiten gedeckt werden. Die Grundversorgung muss in der Fläche gesichert sein.
- Der Landkreis unterstützt die Kommunen beim Ausbau von barrierefreien Haltestellen.
- Elektromobilität soll zukünftig im ÖPNV eine größere Rolle spielen und wird daher gefördert.

Vereine, Kultur und Ehrenamt

- Die kreiseigenen Sporthallen werden den Vereinen auch zukünftig kostenlos zur Verfügung gestellt.
- Die Sport- und Vereinsförderung des Landkreises wird auch weiterhin unterstützt, um die Leistungsfähigkeit der Vereine im Landkreis Darmstadt-Dieburg zu erhalten. Um Vereine bei notwendigen Investitionen zu unterstützen, setzt sich die Koalition für den Erhalt des Bürgerschaftsprogramms „Gut“ im Landkreis Darmstadt-Dieburg ein.
- Vereine sind ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie vermitteln Werte und sorgen für den sozialen Zusammenhalt. Durch ihre Angebote vor Ort leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität der Menschen, zur Jugendförderung und zur Integration. Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement ist für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Dies zu unterstützen ist ein besonderes Anliegen der Koalition. Auch in Zeiten knapper Kassen wird auf die finanzielle Förderung von Vereinen nicht verzichtet. Hierfür bilden die Vereinsförderrichtlinien die Grundlage.
- Die Ehrenamtskarte ist ein wichtiges Signal zur Wertschätzung der ehrenamtlichen Tätigkeit. Die Beteiligung weiterer Institutionen und Firmen an Vergünstigungsmöglichkeiten soll angestrebt werden.
- Der renommierte Georg-Christoph-Lichtenberg-Preis, den der Landkreis Darmstadt-Dieburg bereits seit seinem Bestehen und inzwischen alle zwei Jahre abwechselnd für Literatur und bildende Kunst vergibt, soll in der jetzigen Form erhalten bleiben.
- Für die Feuerwehren im Landkreis Darmstadt-Dieburg wird ein Ausbildungszentrum geschaffen. Gleichzeitig wird die veraltete Atemschutzübungsstrecke durch eine moderne und zeitgemäße Einrichtung ersetzt.

Verwaltung und Personal

- Der Landkreis wird sich in den kommenden Jahren als Konzern mit seinen vielfältigen Beteiligungen und als moderner und flexibler Dienstleister weiter entwickeln. Dabei werden die Ergebnisse des KGSt Prozesses konsequent umgesetzt.
- Die Möglichkeiten des E-Government sind innerhalb der Kreisverwaltung zu optimieren und weiter zu entwickeln.
- Es soll eine Informationsfreiheitssatzung erarbeitet werden, die zur Erhöhung der Transparenz der Arbeit des Kreistages und der Kreisverwaltung beiträgt.
- Die Kreistagssitzungen werden zukünftig durch direktes sowie abrufbaren Video-/Audio-Streaming übertragen.

- Die internen und externen Frauenbeauftragten der Städte und Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg sollen verstärkt unterstützt werden.
- Das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern („Gender Mainstreaming“) ist in allen Bereichen der Kreisverwaltung konsequent umzusetzen. Mit einem Pilotprojekt soll erprobt werden, inwieweit dies auch im Rahmen des Kreishaushaltes umgesetzt werden kann („Gender Budgeting“).
- Der Landkreis richtet ein Kreisarchiv ein. Dabei werden die archivischen Aufgaben der Archivpflege einschließlich der kommunalen Sicherung der Kreisüberlieferung professionalisiert.

Personelle Vereinbarung

Die Koalitionsparteien stimmen darin überein, dass die Verwaltungsspitze neben dem direkt gewählten Landrat / der direkt gewählten Landrätin von zwei hauptamtlichen Beigeordneten und einem/r ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten mit eigener Dezernatsverantwortung gebildet wird.

Bündnis 90/Die Grünen stellen die/den Erste/Ersten Kreisbeigeordnete/n für die Bereiche Schule und Bildung - soweit diese nicht in den Aufgabenbereich der/des ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten fallen - sowie für Bauen, ÖPNV, Verbraucherschutz, Veterinärwesen Natur- und Umweltschutz. Sie/Er übernimmt den Vorsitz im Vorstand der Darmstadt-Dieburger Nahverkehrsorganisation (DADINA) im Wechsel mit der / dem zuständigen Dezernentin / Dezernenten der Stadt Darmstadt.

Die SPD stellt die/den weitere/n hauptamtliche/n Kreisbeigeordnete/n für die Bereiche Soziales und Arbeitsmarkt, sowie Familie und Jugend, Flüchtlinge, Zuwanderung und Integration soweit diese nicht in den Aufgabenbereich der/des ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten fallen.

Die FDP stellt eine/n ehrenamtliche/n Kreisbeigeordnete/n mit eigenem Verantwortungsbereich, der wegen seiner besonderen Bedeutung aus Teilbereichen der Dezernate Schule und Bildung sowie Familie und Jugend zusammengelegt wird. Das ehrenamtliche Dezernat umfasst damit die Organisation, die Weiterentwicklung und das Management von Ganztagsangeboten an den Schulen des Landkreises. (Aus dem Bereich des Jugendamts die „Betreuende Grundschule“ sowie aus dem Bildungsbüro die Schulen im „Pakt für den Nachmittag“ einschließlich Zuständigkeit für die dazu gegründete gGmbH, die Schulen mit Ganztagsangeboten am Nachmittag - Profile 1 und 2 - sowie die Ganztagschulen - Profil 3 -).

Die Gesamtzahl der ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten wird wie bisher auf 11 festgelegt.

Um die Arbeit des Kreistages zu unterstützen, werden die folgenden vier Ausschüsse gebildet:

- Haupt- und Finanzausschuss (HFA)
- Schul-, Kultur und Sportausschuss (SKSA)

- Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschuss (IGUA)
- Gleichstellungs-, Generationen- und Sozialausschuss (GGSA)

Die Zahl der Mitglieder in jedem Ausschuss wird auf 15 festgesetzt.

Die/Der Vorsitzende des Kreistages wird von der SPD gestellt.

Die/Der Vorsitzende im Haupt- und Finanzausschuss wird von der SPD gestellt, die Stellvertretung wird der CDU angeboten.

Die/Der Vorsitzende im Ausschuss Gleichstellung, Generationen und Soziales wird von der SPD gestellt, die Stellvertretung übernimmt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Die/Der Vorsitzende im Ausschuss Schule, Kultur und Sport wird von der Fraktion der SPD gestellt, die Stellvertretung übernimmt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Die/Der Vorsitzende im Infrastruktur-, Gesundheits- und Umweltausschuss wird von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gestellt, die Stellvertretung übernimmt die FDP.

Die Koalitionspartner erklären ihren gemeinsamen Willen, mit den Fraktionen im Kreistag konstruktiv zusammen zu arbeiten und dabei einen fairen Stil zu pflegen.

Für die Koalitionsparteien und die dazugehörigen Fraktionen:

(Patrick Koch, Vorsitzender SPD Unterbezirk Darmstadt-Dieburg)

(Christel Spröbler, Vorsitzende SPD-Kreistagsfraktion)

(Torsten Leveringhaus, Kreissprecher Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Darmstadt-Dieburg)

(Marianne Streicher-Eickhoff und Friedrich Battenberg, Vorsitzende Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion)

(Horst Schultze, Kreisvorsitzender FDP Kreisverband Darmstadt-Dieburg)

(Wilhelm Reuscher, Vorsitzender FDP-Kreistagsfraktion)